

# blick punkt

Nr. 247  
Juli 1991

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

## Taschengeldempfänger

Seit einigen Monaten ist in Mörfelden das hochmoderne Altenhilfezentrum in Betrieb. Neben vielen anerkennenden Worten gibt es auch einige Kinderkrankheiten, die noch überwunden werden müssen. Viel problematischer jedoch die steigenden Pflegesätze. So ist demnächst in der Schwerstpflegegruppe mit einem Tagessatz von 180 DM zu rechnen.

Die deprimierende Vorstellung, nach einem arbeitsreichen Leben im Alter Taschengeldempfänger zu werden - das ist für viele alte Menschen in unserem Land bittere Realität.

Vielfältige Fortschritte in der Medizin erhöhen heute die Lebenserwartung. Leider bedeutet das aber für viele Menschen, daß sie deswegen im Alter nicht unbedingt gesünder sind. Die Zahl der Pflegebedürftigen nimmt immer weiter zu.

In den "alten Bundesländern" gibt es schon zur Zeit fast 2 Millionen Pflegebedürftige, von denen ein Viertel in Heimen lebt. 70 Prozent dieser alten Menschen sind Sozialhilfeempfänger. Bei Pflegesätzen, die heute schon teilweise 5.000 DM im Monat übersteigen, sind die Ersparnisse eines arbeitsreichen Lebens schnell aufgebraucht. Wenn dann noch ein "Häuschen" da ist, in dem vielleicht die Kinder wohnen, so muß dieses zur Deckung der Pflegekosten in aller Regel verkauft werden. Dann folgt der Gang zum Sozialamt.

Daß viele Familien unter diesen Umständen ihren Angehörigen auch dann zu Hause pflegen, wenn dieses wegen der Schwere der Pflegebedürftigkeit eigentlich gar nicht mehr geht, liegt nahe. Immer noch werden 75

Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt. Ehefrauen, Ehemänner und vor allem Töchter leisten ohne die erforderlichen Hilfsmittel Schwerstarbeit. Freizeit und Urlaub sind Fremdworte.

Die "Entlastungen" durch das "Gesundheitsreformgesetz" waren so

unzureichend, daß sie diesen Namen nicht verdienen.

Seit vielen Jahren machen Wohlfahrtsverbände und Betroffene auf diese Zustände aufmerksam. Pflegebedürftigkeit ist heute zum Massenrisiko geworden, das jeden treffen kann, in jedem Alter! (Fortsetzung nächste Seite)

### "Kennelsteuer"

"Kennelsteuer" nennen viele Einwohner die neuen Kosten, die jetzt auf sie zu kommen. Allenthalben gibt es Zorn und Unsicherheiten, wenn der Fragebogen zur Erhebung der Niederschlagswasser-Gebühr im Briefkasten liegt. Die neue Gebühr gilt rückwirkend ab 1. Januar dieses Jahres.

Eingefädelt wurde das Ganze von der SPD/GBL-Koalition im Rathaus. Die DKP-Fraktion im Stadtparlament hatte vergeblich versucht diesen Gebühren-Beschluß aufzuheben, damit man Zeit hat eine sinnvollere Lösung zu finden. Nun ist der Ärger vorprogrammiert.

In der "Aufklärungs-Broschüre, die jetzt ebenfalls im Briefkasten zu finden ist, wird u.a. empfohlen, die Kläranlagen und die Wasserwerke bei Unklarheiten anzurufen. (Als hätten die Kollegen dort nichts zu tun!) Besser ist es tatsächlich, seinen Ärger an der richtigen Stelle abzuladen. Unser Vorschlag: Bürgermeister Brehl, Tel. 72812, Stadtrat Vorndran, Tel. 72201, Stadtrat Treber, Tel. 72825 ... und selbstverständlich kann man alle Stadtverordnete der SPD und GBL anrufen, die zu diesem Vorhaben mit dem Kopf genickt haben.



(Fortsetzung von Seite 1)

Schon lange fordern sie, was Herr Minister Blüm heute als sein "Modell" verkaufen will: Die Absicherung des Pflegefallrisikos im Rahmen der gesetzlichen Sozialversicherung mit Arbeitgeberanteil.

Neben den "klassischen" Säulen der Absicherung (Krankheit, Alter, Unfall, Arbeitslosigkeit) muß die Pflegeversicherung als "5. Säule" einbezogen werden. Pflegebedürftige müssen sicher sein können, daß ihnen das Schicksal des Taschengeldempfängers erspart bleibt. Ausreichende Hilfen für häusliche Pflege und ambulante Dienste sind dabei genauso wichtig, wie die bessere Personal- und Sachausstattung der Pflegeheime. Es darf hier nicht um "Umfinanzierung" gehen - es müssen auch bessere Bedingungen für die alten Menschen, die Angehörigen und die Schwestern und Pfleger in den Heimen geschaffen werden.

Die Pflegeversicherung im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung wird von der FDP und dem Wirtschaftsflügel der CDU bekämpft. Sie wollen eine Pflichtversicherung bei privaten Versicherungsunternehmen ohne Beteiligung der Arbeitgeber! Es geht ihnen also nicht um die Pflegebedürftigen, sondern darum, daß die privaten Versicherungsunternehmen, die mit dem Geld schon nicht mehr wissen wohin, einen weiteren warmen Regen erhalten. Den Arbeitgebern soll die Mitfinanzierung der Betreuung der Pflegebedürftigen, deren Zustand häufig auch Ergebnis der Arbeitsbedingungen ist, erspart werden.

Was aber wird mit den Menschen, die heute alt oder schon in Heimen sind? Welcher private Versicherer wird sie aufnehmen? Wie hoch werden für sie die Prämien sein? Was interessiert die privaten Versicherer die Verbesserung der Situation in Heimen?

Die Situation spitzt sich inzwischen weiter zu! Seit 15 Jahren wird geredet und debattiert. Derweil leben alte Menschen mit 180 DM Taschengeld im Heim, das nicht einmal für die kleinsten Bedürfnisse reicht. Derweil müssen sich pflegende Angehörige und die Schwestern und Pfleger in den Heimen unter Bedingungen "abrackern", die untragbar sind. Weder Urlaub, noch Freizeit für die Angehörigen, Schichtbesetzungen von zwei Pflegekräften für 30 Schwerst-

pflegebedürftige bei immer noch kläglichem Bezahlung - das ist ein Skandal!

Fordern Sie mit uns

- die sofortige Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung!
- mehr Kurzzeitpflegeplätze, finanzielle Hilfen und besser ausgebaut ambulante Dienste zur Entlastung der pflegenden Angehörigen!
- eine sofortige spürbare Anhebung des Personalschlüssels in den Heimen und bessere Bezahlung für die Schwerstarbeit der Pflegekräfte!

## Stichwort

### "Pflegeversicherung"

*"Ein immer größerer Teil der alten Menschen wird pflegebedürftig und damit zu Sozialhilfeempfängern. Von den 30 Milliarden DM, die 1989 in den "alten Bundesländern" für Sozialhilfe ausgegeben wurden, flossen 9,1 Milliarden DM in die Pflege. Bei der absehbaren Bevölkerungsentwicklung wird der Anteil der Ausgaben für Pflegesprunghaft zunehmen. Ausgaben für andere soziale Belange werden kaum noch finanzierbar sein; es wird kaum möglich sein, selbst den jetzigen unzureichenden Standard in den Heimen zu halten.*

*Wir funktioniert die Pflegeversicherung konkret?*

*Mit dem Beitrag für die gesetzliche Krankenversicherung wird ca. 1 Beitragsprozent mehr für die Pflege erhoben. Die restliche Finanzierung muß der Staat übernehmen. Die Kosten für Neubauten und Bauerhaltung der Heime muß aus dem Pflegesatz herausgenommen werden; diese Kosten sind gesondert durch den Staat zu tragen.*

*Die Pflegeversicherung zahlt die Kosten, die auf die konkrete Pflege entfallen; das sind 70-80 Prozent der Pflegekosten.*

*Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung muß der Betroffene selbst tragen, dasie auch zu Hause anfallen. Ansonsten sind Renteneinkünfte, Ersparnisse oder Haus- und Wohnungseigentum unantastbar.*

*Was ist dabei noch wichtig?*

*Die Ersparnisse des Staates gegenüber der bisherigen Regelung müssen für eine bessere Ausstattung der häuslichen und stationären Pflege verwendet werden. Keinesfalls dürfen die Beitragsleistungen zur Finanzierung der Finanzakroba-*

*tik der CDU/FDP-Regierung herangezogen werden.*

*Welchen Vorteil hat die Pflegeversicherung noch?*

*Versicherungsansprüche können nicht beim nächsten Rotstift-Streichkonzert einfach eliminiert werden.*

## Strom(er)?

### Ein Altenwohnheim für Betuchte

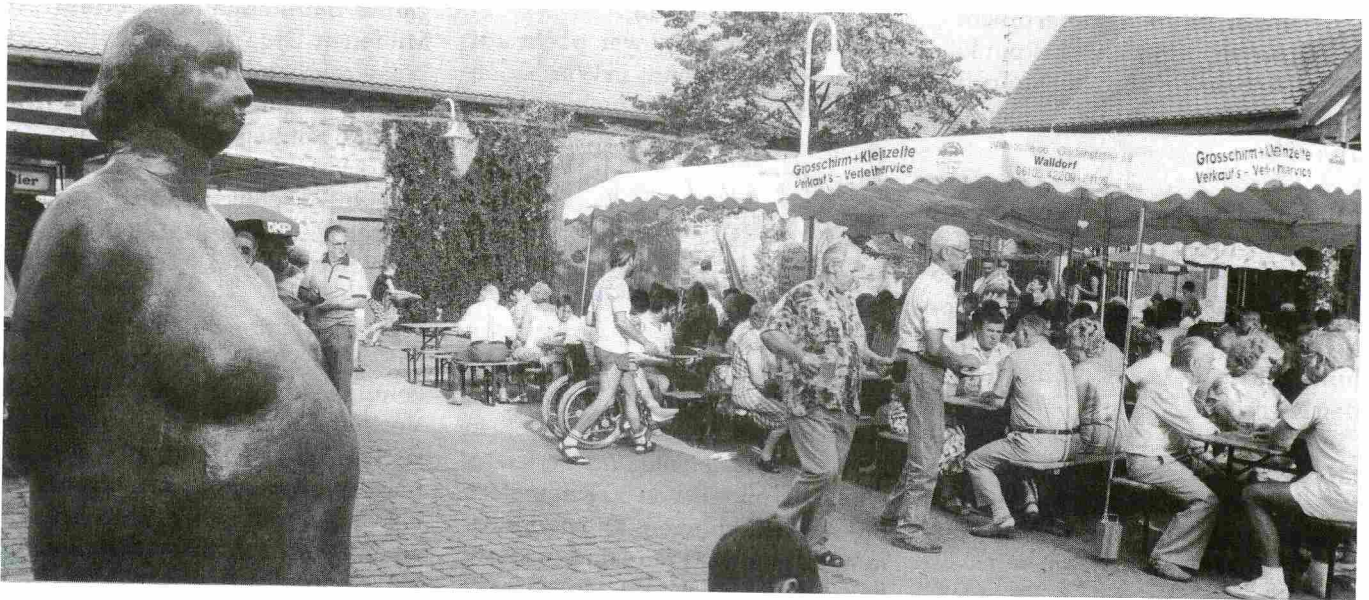
Im neuen HEAG-Journal der hessischen Elektrizitäts-AG steht zu lesen, daß dieses Energieunternehmen, von dem wir alle unseren Strom beziehen, eine "gute Tat" vollbringen will. Es wird berichtet, daß die HEAG über die "nötige Wirtschaftskraft" verfügt, ein Altenwohnheim für gehobene Ansprüche zu bauen. Das "Altenstift mit Modellcharakter" soll in Kranichstein bei Darmstadt entstehen und Platz für 250 ältere Menschen geben. (Das Mörfelden Altenhilfezentrum hat 90 Plätze.)

Es wird auch schon gleich über die Einzelheiten berichtet, nämlich daß das Heim einen attraktiven Außenbereich mit einem Kranzler-ähnlichen Musik-Cafe, mit Palmen und Geschäften erhält. Auch ein interessantes Kulturangebot soll dort geboten werden. Im Innenbereich wird es schicke Appartements geben, die auf die "besonderen" Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnitten sind. Alle Wohnungen haben einen separaten Eingang, einen eigenen Telefonschluß, Bad, Küche und Balkon. Es gibt Wohnungen mit einem, mit zwei oder mit drei Zimmern, wobei die größeren Wohnungen besonders beliebt sind. Und jetzt kommt der Clou: Der Aufenthalt, sprich Miete, soll monatlich 2.000 DM für eine Einzimmer- und 4.000 DM für eine Zweizimmerwohnung kosten. Ob hierin auch die Umlagen enthalten sind, geht aus der Mitteilung nicht hervor. Aber es wird gleich mitgeteilt, daß Besuchern Gäste-Appartements zur Verfügung stehen - wahrlich gute Aussichten für ein aktives Älterwerden.

Es fragt sich nur für wen. Sicherlich werden auch ein paar gut verdienende ehemalige Chefs der HEAG ein-

(Fortsetzung nächste Seite)





Die DKP Mörfelden feierte am 13. Juli ihr 17. Grillfest. Nach der Besucherzahl war das diesjährige Fest das zweitgrößte. Von 14.00 bis 2.00 Uhr wurde gefeiert. Es gab ständigen Publikumsverkehr, besonders am kühlen Abend kamen viele in den historischen Hof des "Goldenen Apfel". Ein Kinderkarussell lief den ganzen Tag. Es gab eine große Tombola, die "aal Fraa Rauscher", eine große Brunnenfigur, sorgte für Erfrischung. Zum ersten Mal war in Mörfelden ein Geschirrmobil im Einsatz. Viele Vertreter von Vereinen und Parteien nutzten die Gelegenheit, um sich über diese Möglichkeit der Müllvermeidung zu informieren. Den ganzen Tag über gab es Diskussionen und ungezählte Gespräche. Hauptthema: "Die Kennelsteuer"! So jedenfalls bezeichneten einige zornige Mörfelder die neue Abwassergebührenerhöhung. Viele Besucherinnen und Besucher sprachen anerkennend das kommunale Engagement der örtlichen DKP und ihrer Zeitung an. Für den "blickpunkt" gab es dann auch viele Spenden. Die DKP bedankt sich bei allen Besuchern des Festes, bei allen, die mit Spenden den "blickpunkt" unterstützen und bei allen Helfern, die das schöne Fest erst möglich machten.

ziehen, aber wer kann sich eine Wohnung in einem solchen Haus mit "Modellcharakter" leisten, von dem der Darmstädter Bürgermeister in den höchsten Tönen sprach, der das besondere Engagement der HEAG lobte. Es stellt sich die Frage, woher die HEAG die "nötige Wirtschaftskraft" von der in der Mitteilung gesprochen wird, eigentlich hat? Sind es evtl. die über-

höhten Strompreise, die wir alle bezahlen? Eine wirklich soziale Tat der HEAG wäre gewesen, wenn sie ein Alten-, Wohn- und Pflegeheim, ähnlich der Mörfelder Einrichtung gebaut und es kostenfrei einem sozialen Träger überlassen hätte, damit die allgemeingültigen Pflegesätze gesenkt werden könnten.

Heinz Hechler

## Bitte vormerken!

Im Oktober 1991 erscheint der 250. "blickpunkt". Am 1. November wird gefeiert.





## Zeit zur Umkehr

In den letzten Wochen und Monaten gab es verstärkte Diskussionen über die Ausweitung des Frankfurter Flughafens und das Anwachsen des Luftverkehrs. Diese Diskussionen müssen weitergeführt werden - aber es darf nicht bei Diskussionen bleiben. "Unruhe ist die erste Bürgerpflicht", schrieben wir im letzten "blickpunkt", dabei bleiben wir. Man muß unruhig und kritisch die Entwicklungen beobachten.

Alle Entwicklungen der Vergangenheit belegen: auch beim Thema Flughafen stehen ganz vorn zunächst die wirtschaftliche Entwicklung, die Profiterwartung der Industrie im Ballungsgebiet, und nicht die hier lebenden Menschen.

"Kapazitätskrise der Flughäfen gefährdet die Wirtschaft", heißt es in der Presse. Dabei hofft man, wir würden zu allen Erweiterungswünschen Ja und Amen sagen. Aber kann man bei den veröffentlichten nachfolgenden Zahlen gleichgültig bleiben?

Beispiele:

1990 gab es in Deutschland 80 Mill. Passagiere - im Jahre 2010 sollen es 170 Mill. werden (Steigerung 112,5 Prozent).

Auf den Frankfurter Flughafen gerechnet heißt das: 1990: 30 Mill. Flugreisende - 2010: 63,75 Mill.!

1990: 325.000 Flugbewegungen. 2010: 690.625 - 2030: 1.467.591 Flugbewegungen (d.h. 79 Bewegungen pro Stunde rund um die Uhr).

Spinnerei? Nein, das wird geplant!

Dabei verdoppeln sich ja nicht nur Flugbewegungen. Es verdoppeln sich auch Krach und Abgase! Zeit zur Umkehr! Zeit auch für Mörfelder und Walldorfer, sich kritischer als seither in die Diskussionen einzumischen - denn unsere Kinder und Enkel wollen morgen noch hier leben. rh

## Recht?

Immer wieder, bei Tag und Nacht, brummen schwerbeladene Galaxy über unsere Stadt. Der Lärm meist unerträglich - aus den Triebwerken Qualm und Dreck - von festgelegten Flugrouten wird oft abgewichen. Viele Verstöße also gegen deutsche Bestimmungen und Gesetze.

Aber Deutschland ist doch souverän - wird oft gefragt. Na ja - einerseits. Da bekommt Heidemarie Wiczorek-Zeul (SPD-MdB) Ende Juni von der Regierung u.a. folgenden Auskunft: "Die deutschen Fachbehörden sind für den Vollzug deutschen Rechts auch gegenüber den amerikanischen Streitkräften zuständig."

Nur - andererseits - wer pocht auf dieses Recht - in Bonn - in Wiesbaden - bei uns?

## Es ist an der Zeit

Mehrfach war in diesem Monat von explodierten Munitionslagern zu hören und zu lesen. Weit weg, z.B. in Pakistan, gab es Tote und Verletzte, weil im Umkreis von 30 Kilometern Raketen einschlugen. Keine vier Kilometer vom Stadtkern unserer Stadt liegt immer noch das Muni-Depot der US-Armee im Oberwald. Was dort lagert und wie sicher es ist - darüber gibt es nach wie vor keine Informationen. 46 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs und angesichts der Auflösung des Warschauer Pakts, dem Abzug der Sowjetarmee aus den östlichen Nachbarländern und der vielbejubelten neugewonnenen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland sollte man eigentlich meinen, die beschleunigte Auflösung der Überbleibsel der Besatzungszeit vor allem in den Ballungsgebieten würde auf die Tagesordnung gesetzt. Bis jetzt ist allerdings noch nicht viel davon zu merken, daß sich die fremden Truppen (nicht nur die US-Armee) zur Heimreise rüsten.

Ein Grund mehr, sich nicht länger mit dem "Tod vor der Haustür" und unabsehbaren Altlasten abzufinden. Die Forderung "Weg mit dem Munitionsdepot im Oberwald" muß immer wieder nachdrücklich von der

Stadt und ihren Einwohnern erhoben werden.

Und sie muß durchgesetzt werden, bevor auch hier noch was in die Luft geht, was bei Waldbränden schon Realität zu werden drohte. GS

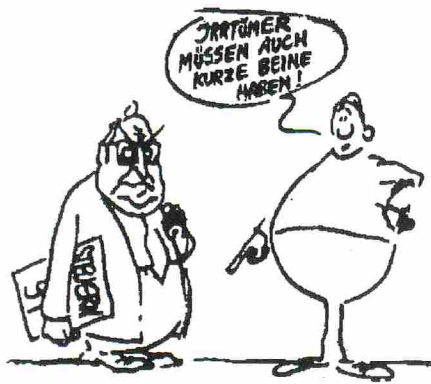
## Gundbach bleibt Schmutzbach

Der Wasserverband Schwarzbachgebiet-Ried teilt mit, daß der Hengstbach auf eine Länge von ca. 2 km um die Air Base herumgeführt wird. Die ganze Baumaßnahme beträgt 2,3 Millionen DM, der Eigenanteil des Wasserverbandes beträgt 10 Prozent der Gesamtsumme, also 230.000 DM, die die Mitglieder, somit auch die Stadt Mörfelden-Walldorf aufbringen müssen. Zuschüsse gibt es vom Land Hessen und der FAG, auch die US-Air Force will 300.000 DM zuschießen.

Eigentlich hätten die Amerikaner die vollen Kosten zu tragen, denn sie benutzen seither den Hengstbach als Vorfluter, der im Bereich des militärischen Teils des Flughafen auf eine Länge von ca. 1.000 m verrohrt ist. Nach Durchfluß der Verrohrungsstrecke tritt der Hengstbach gewaltig verschmutzt am südwestlichen Rande des Flughafengeländes aus und setzt sich als Gundbach, der durch die Walldorfer Gemarkung fließt, fort. Der Gundbach hat in der Vergangenheit des öfteren Schlagzeilen gemacht, wegen seiner sehr schlechten Wasserqualität, und es ist erwiesen, daß im Bereich der Verrohrungsstrecke allein 32 Einleitungsstellen der Amerikaner vorhanden sind. Was dort ungeklärt (auch stark belastete Oberflächenwässer), oder ungenügend geklärt, alles eingeleitet wurde, konnte man immer nur beim Betrachten des Gundbaches ahnen. Allein mit der Umlegung des Bachbettes ist es noch nicht getan, also wird noch so lange bis auch auf dem amerikanischen Teil eine ordentliche Kläranlage gebaut ist, der Gundbach als Schmutzbach weiter fließen.

Am zweckmäßigsten wäre es wohl, einen Kieslaster zu bestellen, der die Einleitungsstelle in den Gundbach zubetoniert. Heinz Hechler





## Dumm, dümmer, am dümmsten

Jedermann weiß, daß mit dem 1. Juli die Arbeitsämter in der ehemaligen DDR aus allen Nähten platzen, denn für Hunderttausende gehen die Lichter aus. Der Ansturm der Neu- arbeitslosen ist gewaltig. Just zu diesem Zeitpunkt veröffentlicht die Nürnberger Anstalt für Arbeit einen Juni-Bericht, der durch alle Gazetten und über alle Bildschirme geht. Begleitet mit Kommentaren wie, "endlich ein Hoffnungszeichen" oder "auf diesen Lichtblick wurde lange gewartet". Was wurde gemeldet? Daß lediglich 200 (Zweihundert) neue Arbeitslose im Juni in den fünf neuen Bundesländern registriert wurden!!! Der Herr Franke (CDU) aus Nürnberg sollte sich bei der Münchener "Lach- und Schießgesellschaft" bewerben. Gallenbittere Gags sind dort sehr gefragt.

## Kurz notiert

### Ärger

Ärger an den Schulen. Kurz vor den Ferien wurde bekannt, daß die neue Landesregierung zu wenig neue Lehrer einstellt, um die Arbeitszeitverkürzungen auszugleichen. Über die konkret auftauchenden Probleme in unserer Stadt werden wir nach den Ferien berichten.

### Theater

Iris Blaul, grüne Ministerin in Wiesbaden, besuchte das Altenhilfezentrum. Brehl war zum Besuch nicht eingeladen und brummte vernehmlich. Die GBL wiederum moserte, weil die grüne Familienministerin bei der Einweihung des Zentrums nicht sprechen konnte und überhaupt habe das ganze Projekt "grüne Wurzeln". Brehl wiederum beharrte auf der Feststellung, das Altenhilfezentrum habe "rote Wurzeln". Tagelang gabs solcherlei Ping-Pong in der Presse. Beiläufig: Alle Parteien befürworteten den Bau, alle Bürgerinnen und Bürger bezahlen ihn, mit ihren Steuergroschen.

Aber die hiesigen Koalitionsgrünen müssen natürlich ein bißchen Spektakel machen - entweder sie schwimmen sich jetzt frei und werden ein bißchen grün-oppositionell, oder sie werden bei der nächsten Kommunalwahl vom Wähler untergetaucht. So isses!

Mal sehn, was noch auf dem Spielplan des Sommertheaters '91 auftaucht.

Dran denken!  
"blickpunkt"-Spendenkonto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau,  
Konto-Nr.9003419,

### Dampf

Immer wieder erreichen den "blickpunkt" ärgerliche Reaktionen über die "Deutsche Bundesbahn". "Zu wenig Waggon eingesetzt - ab Walldorf muß alles stehen!" "Ich wurde vom Bahnsteig fast weggeblasen, als der IC durchrauschte - aber dafür fiel mein Zug aus!" "Die Bahnunterführungen sind eine einzige Saurei!" - und viele ähnliche Sätze. Tatsächlich scheint die Bahn vor allem auf profitträchtige Renommierobjekte zu setzen. Die Pendler interessieren nicht. Nach den Parlamentsferien sollten die Stadtverordneten der Bahn Dampf machen.

KURT TUCHOLSKY

## Kunst, falsch zu reisen

*In der fremden Stadt mußt du zuerst einmal alles genauso haben wollen, wie es bei dir zu Hause ist - hat die Stadt das nicht, dann taugt sie nichts . . . und vor allem: rüste dich richtig aus. Bei Spaziergängen durch fremde Städte trägt man am besten kurze Gebirgshosen, einen kleinen grünen Hut (mit Rasierpinsel), schwere Nagelschuhe (für Museen sehr geeignet), und einen derben Knotenstock. Anseilen nur in Städten von 500.000 Einwohnern aufwärts . . .*

*Mit den lächerlichen Einheimischen sprich auf alle Fälle gleich von Politik, Religion und dem Krieg. Halte mit deiner Meinung nicht hinterm Berg, sag alles frei heraus! . . . Sprichst du fremde Sprachen nicht sehr gut, dann schrei: Man versteht dich dann besser.*

*Laß dir nicht imponieren.*

*Seid ihr mehrere Männer, so ist es gut, wenn ihr an hohen Aussichtspunkten etwas im Vierfarbendruck singt. Die Natur hat das gerne. Handele. Schimpfe. Ärgere dich. Und mach Betrieb.*

Allen,  
die jetzt Urlaub  
machen,  
jenen, die zu Hause  
bleiben  
und jenen,  
die verreisen,  
wünschen wir gute  
Erholung!

Die »blickpunkt«-  
Redaktion



# »Das kann doch nicht alles gewesen sein«

Von Dorothee Sölle

Wer, so wurde ich von amerikanischen Freunden gefragt, hat eigentlich gesiegt? "Einige lesen die gegenwärtigen Ereignisse in Osteuropa und der Sowjetunion als Triumph der Demokratie im besten Sinne, andere sehen sie als Triumph des Kapitalismus und des Individualismus im schlechtesten Sinne." Mit diesem Entweder-Oder kam ich nicht weiter, ich mußte mich dazu bequemen, einen Begriff in mein Denken aufzunehmen, dem ich bislang ausgewichen war, den des "demokratischen Kapitalismus", von dem Vordenker der Rechten in den USA in schöner Offenheit sprechen. Dieser Begriff scheint mir klarer als der bei uns bevorzugte von der "sozialen Marktwirtschaft", bei der ich nie genau weiß, wie weit das Adjektiv "sozial" denn bei Mieten, Grundstückspreisen, Arbeitslosigkeit, medizinischer Versorgung und vielen anderen Fragen wirklich reicht. Ich denke, gesiegt über den bürokratisch-zentralistischen Zwangsapparat haben die beiden genannten Elemente: Demokratie und Kapitalismus. Die Menschen haben tatsächlich Bananen und Pressefreiheit, Italienreisen und Respekt vor den Menschenrechten, freies Unternehmertum und Arbeitslosigkeit gewählt.

Der Sieg des "demokratischen Kapitalismus" über den Staatssozialismus bedeutet allerdings nicht nur Befreiung von Menschen und verschuldeter und verhängter Abhängigkeit. Dieser Sieg hat schon heute seinen Preis und wird in Zukunft noch schrecklichere Opfern fordern. Ich denke dabei einmal an die schwächsten Glieder der staatssozialistischen Gesellschaft, die durch die bisherige Ordnung einen zwar unzureichenden, aber doch existierenden Schutz ihrer Behausung, ihrer Krankenversorgung, ihrer Arbeitsplätze besaßen. Ich denke an die vielen unqualifizierten, älteren, in unserem System unbrauchbaren Menschen. Verloren haben viele gerade der Schwächeren, die in dem unproduktiven System eine Nische, einen Schlupfwinkel gefunden hatten, zu überleben. Verloren haben die Frauen, die keinen Kindergartenplatz mehr einklagen können und die als erste entlassen werden, weil sie der Kinder wegen manchmal fehlen müssen. Verloren haben auch die älteren Frauen mit den kleinen Renten. Die Feminisierung der Armut ist schon eingepflanzt.

In einem globalen Kontext haben aber noch ganz andere Gruppen und Völker etwas verloren. Ich meine die noch zwei Drittel, bald drei Viertel der Weltbevölkerung, die zu den Armen gehören. Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus ist eine Hoffnung der entrechteten Völker gestorben. Der Kapitalismus braucht keine Angst mehr zu haben, die unterworfenen Völker könnten ein anderes Modell bevorzugen. Sie haben keine Wahl mehr.

Das demokratische Element, das den Kapitalismus in seinen Zentren erträglich, profitabel und -begrenzt- rechtssicher macht, gilt nicht für drei Viertel der Weltbevölkerung. All das, was die sozialistische Bewegung in Europa in einem über hundertjährigen Kampf dem Kapitalismus abgerungen hat - die Aufhebung der Kinderarbeit, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Verkürzung der Arbeitszeit vom 14-Stunden-Tag auf die 40-Stunden-Woche, die gewerkschaftliche Organisation und der Schutz, den sie hergibt, das Streikrecht und die geringen Formen der Mitbestimmung -, all diese längst selbstverständlichen Leistungen des bei uns in seiner Brutalität gezähmten Kapitalismus fallen innerhalb der Dritten Welt fort. Die Verhältnisse sind dort schlimmer als im Manchester oder Wuppertal des Frühkapitalismus. So haben sich die Probleme des auf der Profitgier der Individuen aufgebauten Wirtschaftssystem in die Dritte Welt verlagert.

Der europäische Sozialismus hat nicht dabei versagt, den Kapitalismus zu demokratisieren und zu vermenschlichen. Versagt hat er beim Versuch, ihn zu ersetzen. Er hat eine historische Rolle bei der Humanisierung des industriellen Systems gespielt, aber diese Rolle war begrenzt. Er hat die Arbeitsverhältnisse in den Industrieländern entscheidend verbessert, aber den Imperialismus und seinen menscheitsfeindlichen Schatten, den Militarismus, hat er nicht angetastet. Wer heute bei uns von sozialer Marktwirtschaft redet, ohne den Todesmarkt, die Rüstungswirtschaft zu erwähnen, der verschleiern die Realität.

Der Kapitalismus hat über den Staatssozialismus gesiegt und sich als das stabilere Modell erwiesen. Verloren haben die

Armen, das eine Drittel hier und die drei Viertel der ganzen menschlichen Familie. Aber es steht zu befürchten, daß noch jemand Opfer des freien Unternehmertums sein wird, nämlich unsere Mutter Erde. Werden die Mechanismen des Marktes die ökologische Katastrophe aufhalten können?

Das Zivilisationsmodell des Nordens läßt sich nicht verallgemeinern, es läßt sich auch für die reichen Länder nicht halten. Eine Welt mit drei Milliarden Automobilen, 400 Millionen Tonnen Fleisch, 40 Millionen Gigawattstunden Elektrizität, 12 Milliarden Tonnen Öl pro Jahr ist auf diesem Planeten nicht zu haben. So ist das Versprechen des Kapitalismus, alle an Reichtum und Wohlergehen zu beteiligen, sozial nicht eingelöst, aber auch ökologisch völlig aussichtslos, ohne Zukunft. Hat der Kapitalismus nicht dasselbe Verhältnis zur Natur wie der Staatssozialismus? Er behandelt sie wie Frauen, wie Wilde, wie etwas, das man erforschen und durchdringen, penetrieren muß, um es verfügbar und nutzbar zu machen. Eine andere Vorstellung von Schöpfung als die der Benutzbarkeit hat er nicht.

Der Staatssozialismus ist tot, aber der Sozialismus als Utopie einer solidarischen und schöpfungsangepaßten Gesellschaft wird noch dringend gebraucht. Ich habe Angst vor einer rein kapitalistischen Welt, in der Armen immer ärmer und immer entbehrlicher werden. Bald wird man uns einreden, es sei doch nur gut, wenn sie als Kinder verhungern, sonst vermehren sie sich ja doch nur. In solchen Denkmustern des Alltags wird der darwinistische Pferdefuß einer angeblich vernünftigen Wirtschaftsordnung sichtbar. Ich habe Angst vor der Begrenzung auf das Machbare, vor dem Verbot, noch einen anderen Weltraum zu haben.

Die Akzeptanz für Utopien ist geschwunden, der Traum vom täglichen Brot für alle ist nicht auf der Höhe des postmodernen Bewußtseins. Die eintausend Kinder, die jeden Tag allein in Brasilien verhungern, haben keinerlei News-Wert. Vielleicht ist der milde Zynismus die beste Abschreckung gegen dies Hoffen und Träumen, das mehr im Leben sucht als das, was wir schon haben. Aber auch diese Abschreckung wird nicht für alle und gewiß nicht für immer funktionieren. Man mag die Anthropologie des bisherigen Sozialismus kritisieren, weil sie zu optimistisch war. Aber die zynische Anthropologie des real existierenden Kapitalismus ist für das geistbegabte Wesen Mensch schlechterdings unerträglich. Das, was jetzt ist, kann doch nicht alles gewesen sein!

*Die Autorin ist theologische Schriftstellerin und lebt in Hamburg.  
Artikel aus: "Neues Deutschland"*



## Im Stadtkern unterwegs

Wie bereits im Juni-"blickpunkt" berichtet, war die DKP-Fraktion im Mörfelder Stadtkern unterwegs und hat sich u.a. auch in dem Bereich rund um das Rathaus umgesehen. Wie der Bürgermeister immer wieder betont, fehlen in der Nähe des Rathauses noch eine Menge Parkplätze. Die Stadt hat inzwischen schon ein Wohnhaus in der Kalbsgasse für sehr viel Geld gekauft, es werden zur Zeit Pläne ausgearbeitet, nach denen das Haus abgerissen wird, um Parkplätze schaffen zu können. Die Fraktion kam zu dem Schluß, daß es nicht die richtige Lösung wäre, eine größere Anzahl Parkplätze im Stadtkern zu schaffen, da diese nur weiteren Fahrzeugverkehr anziehen. Sie war der Meinung, daß die Gestaltungs-Vorschläge aus dem Bauamt erst einmal abgewartet werden sollten. Ein gewisses Unbehagen bzw. Bauchgrim-



Mitglieder der DKP-Fraktion, von links: Rudolf Dötsch, Heinz Hechler und Helga Fritz, bei der Besichtigung in der Kalbsgasse. Dieses Haus wurde von der Stadt gekauft und soll für Parkplätze abgerissen werden. Das gibt sehr teure Parkplätze, wenn man überlegt, daß inzwischen horrenden Preise pro Quadratmeter bei Grundstücksverkäufen verlangt werden. Das Bild zeigt deutlich, wie gewaltig der Rathausklotz damals mitten ins Wohngebiet gesetzt wurde. (Übrigens die DKP-Fraktion war als einzige damals gegen den Abriss des alten Forsthauses und gegen die massive Bebauung an dieser Stelle.)

men war bei den einzelnen Fraktionsmitgliedern schon festzustellen bei dem Anblick eines noch einigermaßen intakten Wohngebäudes, das der Spitzhacke zum Opfer fallen soll, angesichts der gewaltigen Wohnungsnot in unserer Stadt. Es ist bekannt, daß Parkplätze bis in die Nacht hinein Unruhe bringen und das bekämen die Anwohner in der Kalbsgasse, die seinerzeit nicht gefragt wurden, ob sie den "Betonklotz" (Rathaus, Volksbank und Supermarkt) an dieser Stelle wollten. Dort war früher (noch vor 20 Jahren) eine idyllische Ruhe, als das alte Forsthaus noch stand, mit sehr schönem Baumbestand im anschließenden Wallgraben.

Wir werden jedenfalls die Sache aufmerksam verfolgen und treten dafür ein, daß, wenn schon etwas abgerissen wird, mehr Grünflächen als Ersatz für das vernichtete Grün entstehen. Wenn schon nicht vermeidbar, sollten nur wenige Parkplätze angelegt werden und zwar so, daß kein Lärm für den Wohnbereich entsteht. Heinz Hechler

## 89 Kinder bleiben vor der Tür

Im August, wenn der neue Geburtsjahrgang 1987/88 in die Kindergärten einzieht, müssen allein bei den städtischen Kindertagesstätten 89 Kinder draußen bleiben. Es gibt also mehr drei- bis vierjährige in unserer Stadt als Kindergartenplätze vorhanden sind. Die Zahl erhöht sich noch durch die Kinder, die in den konfessionellen Kindergärten nicht aufgenommen werden konnten. Es ist also an der Zeit, daß die Stadtverordneten über schnelle Lösungen nachdenken, denn das angestrebte Alter für die Aufnahme in einen Kindergarten ist drei Jahre und bis die Kinder, die jetzt auf der Warteliste stehen, in den Genuß eines Kindergartenplatzes kommen, sind sie zum Teil schon 4,5 Jahre alt, ja einige werden schon bald 5 Jahre.

Diese Situation wird sich in den nächsten Jahren durch den Druck auf dem Wohnungsmarkt, der Ausweisung des neuen Baugebietes im Stadtteil

Walldorf und der regen Bautätigkeit im Steinweggebiet enorm verschlechtern. Wenn auch im Walldorfer Baugebiet ein konfessioneller Kindergarten im Gespräch ist, so wird doch noch einige Zeit bis zur Fertigstellung vergehen.

Vielleicht wäre es eine Lösung für jeweils eine Kindergartengruppe (ca. 25 Kinder) in den Kindergärten, in denen die Möglichkeit besteht, einen Pavillon aufzustellen. Die DKP-Fraktion hat eine entsprechende Anfrage an den Magistrat gerichtet.

HH

**Jede Mark  
hilft dem  
"blickpunkt"!**

**Unser Konto:  
Kreissparkasse  
Groß-Gerau,  
Konto-Nr.9003419,  
BLZ 50852553**

## Mittelalterlich

*Heftige Debatten gab es zu der im Einigungsvertrag geforderten Neufassung des Abtreibungsparagrafen 218. Auf ihrem "Kleinen Parteitag" im fränkischen Ansbach sprach sich die CSU für eine Verschärfung der Abtreibungsregelung und gegen jede Fristenlösung aus. Angekündigt wurde, im Falle der Festschreibung der Fristenlösung das Bundesverfassungsgericht anzurufen.*

*Die CSU rückte in der Erklärung selbst von der eugenischen Indikation ab, nach der in der Altbundesrepublik ein Schwangerschaftsabbruch bei einem vermutlich mit schweren Behinderungen zur Welt kommenden Kind bisher straffrei war. Partei-Vizechef Stoiber hofft, daß die Erklärung jetzt zur "Grundposition der gesamten Union" wird. Sie beinhaltet keinen Verhandlungsspielraum.*



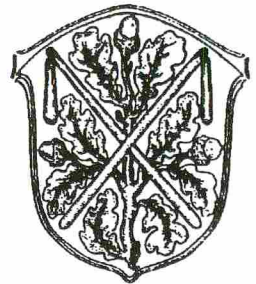
# Stadtgeschichten



Sorgenvolle Gesichter an einem sonnigen Nachmittag im Juli des Jahres 1915, vor dem Anwesen der Langstraße 50 in Walldorf. Man ging in das zweite Kriegsjahr des 1. Weltkrieges und die Frauen und Mütter bangten um ihre Ehemänner und Söhne. Die Kinder mußten ohne die Väter aufwachsen, und viele kamen nicht zurück.

Die sechs Erwachsenen und fünf Kinder kamen wohl gerade vom Feld, denn sie sehen noch recht abgearbeitet und verschwitzt aus. Ihren Werkzeugen nach zu urteilen wurde Korn (Roggen) "abgemacht". In unserer Gegend wurde kaum anderes Getreide angepflanzt - es wurde ja Brot gebraucht für die kinderreichen Familien. Über die Sommermonate mußten die Kinder barfuß laufen, um die Schuhe zu schonen, wie auf unserem Bild zu sehen, und es kostete sie sicher einige Überwindung, auf die frisch gemähten Stoppelfelder zu treten.

Wir haben uns erkundigt, wer denn die 11 Personen damals waren und haben auch die Namen (wenn auch nicht vollständig) erfahren: Aus dem Fenster schauend: Lore Jakob und Peter Jakob (Kuhhirt und Ortsdiener), stehend von links: Karl Coutandin, Gretel Schäfer geb. Jakob (später wohnhaft in Mörfelden), Franziska..., Peter Jakob, Marie Neumann, Ludwigstraße, ... Markolf, Gundhofstraße, Eleonore Passet, Langstraße, Margarethe Herpel geb. Emmerich, Langstraße.



## Am Samstag nachmittag . . .

. . . spazierten zwei Mörfelder Rentner durch ein Neubaugebiet und blieben vor einem Haus stehen, dessen Balkon eine riesige Satellitenschüssel zierte, groß wie eine NATO-

Frühwarnstation. "Der kriecht acht-unverrztisch Programme gleichzeitisch", meinte bewundernd der eine. Der andere sah sich das Ding noch lange an, schüttelte den Kopf und brummte: "Wie musses in dem soim Kopp ausseje . . ."